



**Claudia Middendorf**

Beauftragte der Landesregierung  
für Menschen mit Behinderung sowie für  
Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen

**Stellungnahme**

**der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen (LBBP) zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Eine respektvolle Pflege in NRW- Pflegende Angehörige stärken!“ Drucksache 18/1685 für die Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 1. März 2023**

Die LBBP setzt sich für die Stärkung der pflegenden Angehörigen ein. In dem vorliegenden Antrag erkennt sie Ansätze, die zu diesem Anliegen beitragen können und empfiehlt eine inhaltliche Prüfung der geforderten Maßnahmen durch die Landesregierung.

**Begründung:**

Die LBBP ist im Rahmen ihrer Funktion Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sowie Menschen mit Behinderung und Angehörige in Nordrhein-Westfalen. Als LBBP ist sie im direkten Austausch mit den Menschen, versucht individuell zu unterstützen, leitet strukturelle Probleme in der Versorgung weiter und setzt sich im Sinne der zu pflegenden Menschen sowie der pflegenden Angehörigen für die Stärkung ihrer Position ein. Pflegende Angehörige stellen aus Sicht der LBBP eine tragende Säule der pflegerischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen dar, ohne die das Pflegesystem aktuell nicht funktionsfähig wäre. Nicht zuletzt während der Corona-Pandemie waren die pflegenden Angehörigen eine verlässliche gesellschaftliche Stütze sowie eine verlässliche Säule in der Versorgung. Trotz persönlicher Einschränkungen und Entbehrungen haben sich die pflegenden Angehörigen zu jeder Zeit für die Menschen eingesetzt, die sie pflegen und haben in diesem Sinne den eigenen Verzicht oftmals in Kauf genommen. Die LBBP vertritt die Auffassung, dass die Landesregierung sich der großen Stütze der pflegenden Angehörigen bewusst ist und weiterhin zur Stärkung dieser wichtigen gesellschaftlichen Säule, die auch die pflegerische Versorgung sichert, beitragen wird.

In ihrer Stellungnahme wird sie die Punkte hervorheben, die sie aus dem vorliegenden Antrag unterstützt und für die sie bei der Landesregierung um Berücksichtigung für die zukünftige pflegerische Planung werben möchte.

1. Derzeitige Situation der pflegenden Angehörigen:

In dem Antrag wird die derzeitige Situation der pflegenden Angehörigen wiedergegeben. Insbesondere sieht die LBBP die große Belastung der pflegenden Angehörigen, die zum Wohle der zu pflegenden Personen berufliche, gesellschaftliche und gesundheitliche Einschränkungen in Kauf nehmen. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, dass Maßnahmen entwickelt werden, um weitere bürokratische und finanzielle Entlastungen zu schaffen sowie die Vereinbarkeit von Pflege, Familien und Beruf weiter zu verbessern und mehr Menschen zu ermöglichen.

2. Maßnahmen, die aus Sicht der LBBP geprüft werden sollten:

Der Antrag enthält Forderungen, die einen umfassenden Maßnahmenkatalog beschreiben. Im Folgenden geht die LBBP auf Teilbereiche ein und stellt fest, welche Maßnahmen sie von ihrer Seite befürwortet.

a. Bundesratsinitiative für die Stärkung pflegender Angehöriger

Die LBBP bewertet das Ansinnen einer Bundesratsinitiative für die Stärkung pflegender Angehöriger grundsätzlich positiv. Insbesondere sieht sie die Berücksichtigung der Zeiten der Pflege in der Berechnung der Rente sowie die Ermöglichung eines Lohnausgleichs bei einer Reduzierung der Arbeitszeit für pflegende Angehörige als wichtige Forderung im Rahmen einer möglichen Bundesratsinitiative an.

b. Schaffung einer flächendeckenden Beratungs- und Unterstützungsstruktur

Die LBBP sieht eine gut funktionierende Beratungs- und Unterstützungsstruktur als wichtiges Instrument für die Aufgaben der pflegenden Angehörigen an. Diese tragen dazu bei, dass die pflegenden Angehörigen in ihrer Kompetenz und ihrer gesamtgesellschaftlichen Leistung gestärkt werden, wodurch sie den zu pflegenden Personen bei der Bewältigung ihres Alltags helfen können und gleichzeitig das Pflegesystem entlasten.

Bestehende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen leisten bereits jetzt eine wertvolle Arbeit für die Menschen. Die pflegenden Angehörigen werden dabei bereits unter anderem durch Pflegelotsen, Seniorenbüros und die Selbsthilfe unterstützt. Eine Schaffung neuer Strukturen sieht die LBBP nicht als sinnvoll an und hält Stärkung und Ausbau bestehender Angebote für zielführender.

Die LBBP unterstützt zudem die Forderung nach einem Abbau bürokratischer Hürden und der Ausweitung der Rehabilitationsangebote für pflegende Angehörige.

c. Entlastung durch eine Digitalisierungsstrategie

Digitale Angebote zur Unterstützung pflegender Angehöriger bei der Erfüllung ihrer Aufgabe ist nach Auffassung der LBBP ein Baustein der Stärkung der pflegenden Angehörigen. Sie sieht es als Chance für pflegende Angehörige an, diese Angebote zielgerichtet zu erweitern. Der Fokus sollte aus ihrer Sicht aber weiterhin auf den persönlichen Austausch gelegt werden, sowohl betreffend des Umgangs mit den zu pflegenden Personen als auch im Hinblick auf die Schulungsmaßnahmen.

d. Möglichkeiten zur flexiblen Freizeitgestaltung

Die LBBP unterstützt den Wunsch nach einer Entlastung der pflegenden Angehörigen durch eine Ausweitung von Kurangeboten für pflegende Angehörige sowie die Förderung von Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen.

Fazit:

Die LBBP sieht in dem vorliegenden Antrag wichtige Ansätze für die Stärkung der pflegenden Angehörigen und bittet die Landesregierung, die Situation der pflegenden Angehörigen in ihrer pflegerischen Planung zu berücksichtigen und die Vorschläge für künftige Vorhaben im Sinne der pflegenden Angehörigen zu prüfen.